Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode 27. 11. 2000

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Günter Rexrodt, Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Ulrich Heinrich, Gudrun Kopp, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Birgt Homburger, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2001 – Drucksachen 14/4000 Anlage, 14/4302, 14/4510, 14/4521, 14/4522, 14/4523 –

hier: Einzelplan 10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 10 10 – Forschungsanstalten – ist bei Titel 544 01 – Forschung, Untersuchungen und ähnliches – der Ansatz von 12 080 TDM um 50 000 TDM auf insgesamt 62 080 TDM zu erhöhen.

Berlin, den 27. November 2000

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Aufgrund der Verschärfung der BSE-Krise in Deutschland und im Sinne eines aufklärenden und vorsorgenden Verbraucherschutzes sollen die zusätzlichen Mittel der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten zur Verfügung gestellt werden. Die wissenschaftliche Forschung zur BSE-Seuche und der möglicherweise dadurch verursachten neuen Variante der Creutzfeld-Jacob-Krankheit beim Menschen muss mit höchster Priorität vorangetrieben werden. Fragen nach dem Verlauf bei den Übertragungswegen und die Gründe für das Auslösen von BSE müssen beantwortet werden. Daher sind die Mittel für die Forschung auf dem Gebiet der virusbedingten Tierkrankheiten zielgerichtet einzusetzen und sollen aufgrund des Aufgabenspektrums der Bundesforschungsanstalt auch zur Aufklärung in der Verbraucherpolitik führen. Wichtig ist es dabei, die wissenschaftlichen Erkenntnisse auf diesem Gebiet zum Nutzen des Gemeinwohls zu erweitern.